

Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
(17. - öffentliche - Sitzung am 24. April 2019)

Beratungsthemen:

1. Für mehr Aufklärung im Umgang mit sozialen Medien

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1391](#)

Der Unterausschuss führte eine Anhörung zu dem Antrag durch. Angehört wurden:

- Niedersächsische Landesmedienanstalt
- Deutscher Journalisten-Verband
- Niedersächsische Landesbeauftragte für den Datenschutz
- Verbraucherzentrale Niedersachsen
- Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen
- Bündnis White IT - Geschäftsstelle -
- Deutschland sicher im Netz

2. Für eine digitale Radiozukunft

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1955](#)

Die Unterausschussmitglieder kamen überein, die Beratung über den Antrag in der für den 29. Mai 2019 geplanten Sitzung fortzusetzen. Bis dahin wollen die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU einen gemeinsamen Änderungsvorschlag vorlegen.

3. a) Upload-Filter sind ein Risiko für die Meinungs- und Informationsfreiheit

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3257](#)

b) Urheberrecht schützen - Upload-Filter vermeiden

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3268](#)

Der Unterausschuss besprach Verfahrensfragen. Er beschloss, die Landesregierung um eine Unterrichtung in der für den 29. Mai 2019 geplanten Sitzung zu bitten und in der für den 26. Juni 2019 vorgesehenen Sitzung eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, die Anzuhörenden bis zum 3. Mai 2019 zu benennen.

4. Ermäßigten Mehrwertsteuersatz auch für elektronische Presse schnell umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3261](#)

Der Unterausschuss führte die Mitberatung durch. Er empfahl, den Antrag mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

5. Terminangelegenheiten

Der Unterausschuss besprach Terminangelegenheiten.